

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Regierungsrat _____

Eidgenössisches Departement
für Umwelt, Verkehr, Energie
und Kommunikation

per E-Mail an:
pg@bakom.admin.ch

Schaffhausen, 7. August 2018

Änderung der Postverordnung – Neue Erreichbarkeitsvorgaben; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 haben Sie uns den Entwurf in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu gerne wie folgt Stellung:

Wir begrüssen die verschärften Vorgaben zur Erreichbarkeit der Post. Damit wird insbesondere im Bereich des Zahlungsverkehrs der Service public weiter optimiert. Ferner sollen die Kantone gemäss dem erläuternden Bericht in regionaler Hinsicht zum institutionellen Ansprechpartner der Post werden und bei Fragen der regionalen Entwicklung und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen auf ihrem Gebiet eine Planungs- und Koordinationsrolle einnehmen. Aus der Revisionsvorlage geht nicht eindeutig hervor, inwieweit den Kantonen damit gegenüber der bisherigen Praxis erweiterte Funktionen zugedacht werden. Soweit die bestehende Praxis nun in der Postverordnung verankert werden soll, ist dagegen nichts einzuwenden. Darüber hinaus wird in der Postverordnung neu festgeschrieben, dass die Kantone die Kommunikation mit den Gemeinden über den mit der Post geführten Dialog zur Planung und Koordination des Poststellen- und Postagenturennetzes sicherstellen müssen. Diese Regelung stellt einen unzulässigen Eingriff in die Organisationshoheit der Kantone dar. Es ist Sache der Kantone, darüber zu befinden, wann, inwieweit oder in welcher Form sie die Gemeinden über die Gespräche mit der Post informieren. Wir beantragen daher, die besagte Regelung in Art. 33 Abs. 8 und Art. 44 Abs. 4 zu streichen. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass bei der Schliessung

von Poststellen oder deren Umwandlung in Postagenturen die betroffenen Gemeinden für die Post die massgeblichen Ansprechpersonen für eine Einigungsverhandlung sind.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.



Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Ch. Amsler', written in a cursive style.

Christian Amsler

Der Staatsschreiber:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Stefan Bilger', written in a cursive style.

Dr. Stefan Bilger